



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-10

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-10

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

Katalogisiert

335

41C-10

Schweizerisches
Sozialarchiv



1.50

SUBVERSIV

RMZ

**Revolutionäre
Mittelschülerorganisation**



1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

INHALT

- 2 *REVOLUTIONÄRER KAMPF IN BRASILIEN
- 5 *PARTEIEN IM WAHLKAMPF
- 10 *ZUR FRANKEN-AUFWERTUNG
- 12 *HOLZ - LÜBBE - ROTHSCHILD
- 14 *MIETERKAMPF
- 18 *SCHULNACHRICHTEN
- 20 *BÜCHERHINWEISE
- 21 *REVOLUTIONÄRE LITERATUR UND KUNST

subversiv

IST IM STRASSENVERKAUF ERHÄLTlich

UND AUSSERDEM IN DEN FOLGENDEN BUCHHANDLUNGEN :

Limmatbuchhandlung
Froschaugasse 7, 8001 Zürich

Buchhandlung Kraufhammer
Mühlegasse, 8001 Zürich

VERANTWORTlich FÜR DIE HERAUSGABE : URS BLATTMANN

REVOLUTIONÄRE KAMPF



IN BRASILIEN

Die gesellschaftlichen Verhältnisse Brasiliens zeichnen sich durch einen extremen Klassengegensatz aus. Auf der einen Seite die herrschende Klasse, die Grossgrundbesitzer und Industriellen, wirtschaftlich und politisch unterstützt durch ausländische Monopole, vornehmlich aus den U.S.A.; auf der andern Seite das arbeitende Volk, Industrie- und Landarbeiter, Schöpfer aller Reichtums, ausgebeutet, eingeschüchtern, ohne politische Rechte. Die faschistische Militärdiktatur ist für die herrschende Klasse ein notwendiges Mittel, um das Volk einzuschüchtern, die Organisation der Arbeiterklasse zu verhindern, die Profite ungestört einzusacken und den Klassengegensatz zu verewigen.

Imperialistische Einflussnahme

a) wirtschaftlich

Die Einflussnahme des ausländischen Kapital in Brasilien ist sehr gross. Weitgehend hat es sich verbunden mit dem brasilianischen Finanz- und Industriekapital. Heute unterliegen zentrale Sektoren, wie Chemie-, Auto- und Metallindustrie zu über 50 % von ausländischem Kapital beherrscht. Die Posten sind zu 40 % im Besitz amerikanischer Kapitalisten. Die Profitrate der Banken liegt bei 40 %, die der chemischen Industrie bei 4000 % (!).

Unter Profitrate versteht man das Verhältnis zwischen den herausgewirtschafteten Gewinnen und dem gesamten Aufwand, d.h. dem investierten Kapital (Gelände, Rohstoffe, Maschinen, Löhne). Steigende Profitrate deutet an, dass mit der gleichen Menge Kapital ein höherer Gewinn erzielt worden ist.

Seit 1964 sind die Profite der ausländischen Kapitalisten um 3'000 % gestiegen. Der Gegensatz von Arm und Reich hat sich in dieser Zeit noch vergrössert, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Kaufkraft der Masse vom 1964 um 54 % gefallen. Ein brasilianischer Arbeiter muss heute 24 Stunden arbeiten, um

den Stundenlohn von einem französischen Arbeiter zu erhalten.

b) Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik nach dem 31. Januar und danach schließt an vierzehn Punkte mit dem Internationalen Komitee an. Die Gewinne der vier Sektoren betragen 1,5 Milliarden Franken. Von diesen Gewinnen kommen, wie CNT-Genosse Schulz es richtig bemerkt, dann auch PCC, UNEO, APO, etc. wird in Brasilien richtig in Geld. Das Geschäftsplan ist also die ökonomische Unterstützung der imperialistischen Länder:

- 1965 - 1,7 Milliarden Fr. Gesamt
- 1966 - 2,5 Milliarden Fr. Gesamt

Die imperialistische Wirtschaftspolitik in Brasilien hat sich seit 1964 stark verändert. Seit 1964 hat sich der Umsatz um 86 % vermindert. Es ist eine Lösung der Wirtschaft, dass während zwei Wirtschaftsjahren (1964/65) nur für die Staatsausgaben 3,5 Milliarden und mehr als 5 Milliarden an Fr. in den Händen der 5 Millionen in Rio, Santos, Copac, Curitiba und Brasília in den letzten Jahren waren. Eine wichtige Rolle spielen auch Gastgeber der Weltwirtschaft (Lithium, Eisen, Kupfer- und Zink-Industrie). Die Neugestaltung der Wirtschaft der Last sind, namens UNO, das "Projekt Tabela" beinhaltet, dass danach die grossen Vorteile des Militärregimes (Senats und der Schweizer Wirtschaft) zufallen, kräftig zu investieren.

"Die Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten im Handel und Industrie der Schweiz zur Pflege untertrich die Bedeutung der Wirtschaft von der Schweizer Wirtschaft heigen sein wird. Der direkt Investition in Entwicklungsländer geht, nach der in erster Linie den Mission der Stabilität und der Sicherheit der Internationalen, und ein solches Ziel des brasilianischen Militärregimes ist ... Die untern Möglichkeiten der Investition auch in der Schweiz ..."

will sich nicht entgehen lassen."
(Badener Tagblatt)

Das Elend von Brasilien jedoch bleibt und wird schlimmer, und gehört wie der Terror des Regimes zum "Klima der Stabilität und der Sicherheit für Investitionen". Auch ist die brasilianische Arbeiterklasse ihrer Kampforganisationen (Gewerkschaft, Partei) völlig beraubt und ermöglicht so für die Unternehmer eine Position der Stärke.

c) politisch

Es ist klar, dass in einem Land, wo 1 % der Grundbesitzer 60 % des Landes beherrschen, wo die Arbeiter ihrer Kampfmittel beraubt in grösster Armut leben, die Macht der Herrschenden nur mit Hilfe einer Armee und einer umfassenden terroristischen Kontrolle aufrecht erhalten werden kann. So wird die faschistische Armee von über 6'500 jährlich ausgebildeten amerikanischen Militärs, den sogenannten Anti-Subversivos, beraten und unterstützt im Kampf gegen die Guerilleros. Spezialwaffen werden von den U.S.A. geliefert, und es ist klar, dass in Krisenzeiten (d.h. das Volk verlangt, was ihm gehört) die Entsendung amerikanischer Einheiten den brasilianischen Faschisten garantiert ist. Die Gewerkschaften werden wie in Spanien und Griechenland direkt vom Staat und der Polizei kontrolliert und eingeschränkt (d.h. es gibt keine echten Gewerkschaften mehr). Seit 1964 werden Streiks gewaltsam zerschlagen und jegliche Demonstration ist unterbott. Auch gibt es nur noch zwei Parteien, beide regierungsfreundlich, beide vertreten die Interessen des brasilianischen Bürgertums und der ausländischen Monopole. Die repräsentative Demokratie existiert in Brasilien nicht, und wenn sie existieren würde, hätten nur 29 % der Bevölkerung die Möglichkeit, überhaupt zu wählen, da nur eine solche kleine Minderheit lesen und schreiben kann.

Seit 1964 wütet der faschistische Terror:

- seit 1964 über 200'000 politische Häftlinge, vorwiegend Gewerkschafter, Arbeiter und Studenten
- seit 1964 über 100 Tote, vorwiegend Leute aus der Gewerkschaftsbewegung und der KPB (Kommunistische Partei Brasiliens), die zusammen mit der sozialistischen Partei selbstverständlich als erste verboten und zerschlagen wurde.
- die Institutionalisierung der Folter und des Mordes an politischen Gegnern durch die Geheimpolizei und faschistische Trupps ist

eine Tatsache, die selbst die internationale Juristen-Kommission der UNO bemerkt hat und verurteilt hat.

Revolutionärer Kampf

Der 26jährige René de Carvalho, einer der 70 gegen den Schweizer Botschafter Bucher ausgetauschten Brasilianer sprach am 2. Juni in Zürich über die Perspektiven der Revolution in Brasilien. Von der Fremdenpolizei wurde Carvalho "ersucht, nicht auf das Thema der Botschafterentführungen einzutreten und sich jeglichen Kommentars zur schweizerischen Wirtschaft und Politik zu enthalten". Der heute in Algerien lebende Revolutionär - vor seiner Freilassung in Brasilien 11 Monate inhaftiert und gefoltert - vermittelte interessante Informationen über die Brasilianische Befreiungsfront. Von einem bestimmten Augenblick an blieb für die Befreiungsfront nur die Möglichkeit der Organisation der Volksgewalt gegen die institutionalisierte Gewalt.

Der kämpferische Widerstand nahm verschiedene Formen an: erstens die weiten Kreisen bekannten Botschafter- und Diplomatenentführungen, und zweitens, weit häufiger aber weniger bekannt, Banküberfälle und Ueberfälle auf Monopole, um Geld für Waffen und Organisation zu erkämpfen. Mit diesen Aktionen läuft parallel die Organisation der Befreiungsfront und ihrer Kader. In vielen Betrieben sind Zellen der Befreiungsfront, die unter sehr gefährlichen Bedingungen agitieren. Dennoch sind bislang mehrere Streiks ausgebrochen, die politisch wirksam waren. Auf dem Lande ist die Agitation weit schwerer, da die Masse der Landarbeiter weder lesen noch schreiben kann. Wie in Kuba, versucht man hier mit den Leuten persönlich in Kontakt zu kommen, mit ihnen und unter ihnen zu arbeiten, mit Plakaten und Bildern sie auf ihre gesellschaftliche Lage aufmerksam zu machen. Streiks, Unterstützung der Guerilla und wachsendes Selbstbewusstsein der Industrie- und Landarbeiter zeigen, dass man im brasilianischen Volk fassen kann.

Letztes Ziel der Befreiungsfront ist schliesslich die bewaffnete Volksarmee, denn nur sie hat Aussicht, das jetztige Regime und das ausländische Kapital zu stürzen. Die legale Opposition hat versagt: viele ihrer Führer haben sich zur Ruhe (!) gesetzt, konnten die Massen nicht mobilisieren, und sie fasste die Probleme nicht an der Wurzel (denn wie sollte man auf echte Demokratie hoffen, wenn das Volk grösstenteils nicht wählen kann und eingeschüchtert ist, die echte Opposition zum

System weitgehend erschlagen ist). Die einzige Opposition ist die brasilianische Befreiungsfront, die sich im wesentlichen aus Intellektuellen und fortgeschrittenen Arbeitern zusammensetzt. Wesentliche Resultate des bisherigen Kampfes sind die Mobilisierung der Avantgarde des Volkes und die Einheitsfront der Revolutionäre, welche die 5 grössten Gruppen umfasst. Militärisch und politisch ist dies ein grosser Fortschritt: gewisse Aktionen werden koordiniert, jede

Gruppe operiert in einem bestimmten Gebiet und die politische Kampagne ist einheitlich. Es herrscht also bei den brasilianischen Revolutionären ein Klima der Vereinigung unter dem gemeinsamen Postulat, eine Volksarmee zu schaffen. Alle fünf Gruppen verstehen sich als marxistisch-leninistisch. Ihre Hauptziele sind die Avantgarde der Arbeiterklasse aufzubauen, der Sturz des faschistischen Regimes und der Aufbau des Sozialismus in Brasilien.

Mit sentimentalen Phrasen helfen wir der brasilianischen Befreiungsfront in keiner Weise. Wir müssen die enge Verbindung zwischen den schweizerischen Monopol-Kapitalisten und den Herrschenden Brasiliens sehen und aufdecken. Wir können der Befreiungsfront helfen, wenn wir den Kampf gegen die schweizerische Kapitalistenklasse aufnehmen. Kämpfen wir zusammen mit Lehrlingen, Arbeitern und Studenten für eine sozialistische Schweiz und für den Sturz des Bürgertums!



"..... beauftrage ich die Kommission, zu untersuchen, warum der American Way of Life im Ausland auf keine Sympathien stösst"

Bürgerliche Wahlpropaganda -

Zerrspiegel der Realität!

WIR HABEN DIE WAHLPROPAGANDA DREIER BÜRGERLICHER PARTEIEN

ANLÄSSLICH DER ERNEUERUNGSWAHLEN IN DEN ZÜRCHER

REGIERUNGS- UND KANTONS RAT ETWAS GENAUER UNTERSUCHT

HIER NUN DIE ERGEBNISSE!



Albert Mossdorf

volksverbunden – sozial aufgeschlossen – klar – überlegen

Tatkräftiger Förderer
des Landschafts- und
Umweltschutzes

von Nonkonformisten, APO-Leuten, Zürcher Manifestlern, Linksintellektuellen --

fortschrittliche Politiker des Freisinn haben die Zeichen der Zeit erkannt. Sie klopfen keine leeren Sprüche, sondern verwirklichen gute, freiheitliche Ideen.



Wir sagen Ja zu unserem Staat

Ein geachteter Polizeichef

Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz hat gerade der kritischen Jugend viel zu bieten!

so etwa waren wir die einzige Fraktion, die bereits in der ersten Abstimmung geschlossen für die Anschaffung der notwendigen Wasserwerfer stimmte

Vorsitzender Mao: 'Dem Volke dienen!'

Vorsitzender Mossi: 'Am Volke verdienen!'

die Freisinnig-demokratische
Partei als wirkliche Volksbewe-
gung

FREISINN = „WIRKLICHE VOLKSBEWEGUNG“

Grosse und mittlere Kapitalisten	6 %
Höhere Angestellte (Manager)	39 %
Kleinkapitalisten	23 %
Mittlere und kleinere Angestellte	13,5 %
Lehrer	8 %
Hausfrauen	9 %
andere	1,5 %

Diese Zahlen werden aber erst richtig deutlich, wenn man weiss, dass in der Schweiz 3 % der Steuerzahler 50 % des gesamten Volksvermögens besitzen. Dann sieht man, dass die kleine Gruppe (6 %) der grossen und mittleren Kapitalisten in dieser "Volks"-Partei nicht nur mit 6 % vertreten ist, da die Interessenstärke in unserem Land nicht pro Kopf gemessen wird, sondern nach der Grösse des Vermögens. So wird jedem klar, dass die Freisinnigen jenen Kreisen nahestehen, die von unserer bestehenden Gesellschaftsordnung mit ihrem "Rechtsstaat" enorm profitieren, und jenen Kreisen fernstehen, die darunter leiden. Der "Rechtsstaat" ist der beste Boden, um die Profite gedeihen zu lassen.

Darum sagt der Freisinn JA zu unserem Staat!

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir Freisinnigen stehen auf dem Boden unseres Rechtsstaates. Uns liegt an seinem Ausbau in Freiheit und Sicherheit. Und wir bitten Sie, wenn Sie sich am Sonntag für eine Partei entscheiden müssen: Prüfen Sie auch, ob nicht die Verteidigung unserer Rechtsordnung zu jenen Punkten gehört, die Sie in der bevorstehenden Amtsperiode mit Nachdruck verfochten sehen möchten.

Mit freundlichen Grüessen
Freisinnige Partei des Kantons Zürich

Schützen Sie die Rechte der Kapitalisten vor aufwieglerischen Elementen aus linksextremistischen Kreisen, die das bestehende gerechte Wirtschaftssystem angreifen und die Kapitalisten um ihre wohlverdienten Profite bringen wollen. Darum:

freisinnig-demokratisch wählen



Die Baudirektion ist infolge
Regierungsrat Günthard und seine Mitarbeiter haben
in den vergangenen vier Jahren ausserordentlich
netze und vielfältige Arbeit geleistet.

ein Beispiel:

"Von Standpunkt der Hauseigentümer aus betrachtet können wir uns über die geringe Leer-
wohnungsziffer und die rückläufige Wohnungsproduktion nur freuen. Denn je kleiner das
Wohnungsangebot, desto höher die Mietzins." (Jahresbericht, Immobilien-Anlagefonds IECA)

Verkauf der Venedigstrasse an Spekulanzen für Fr. 3'000.-- pro Quadratmeter "an der oberen
Grenze des Landwertes". Weiterverkauf des Bodens für Fr. 8'000.-- pro Quadratmeter. Das
reicht für die 600 m² einen Reingewinn von Fr. 3'000'000.--, der den Spekulanten geschenkt
wurde. Wer bezahlt ihn: natürlich der Steuerszahler! Das ist kein Einzelfall; Tag für Tag
können wir erleben, wie Spekulanten und Behörden Hand in Hand gegen das Volk arbeiten.

Einige Tatsachen sagen mehr als viele Worte!

Die Zürcher
Stimmbürgerinnen
und Stimmbürger
stehen hinter

Baudirektor

Alois Günthard!

Sie lassen sich durch infame Anschuldigungen, die jeder haltbaren
Grundlage entbehren, nicht irre machen!

In diesem Zuge... fahren Kluge

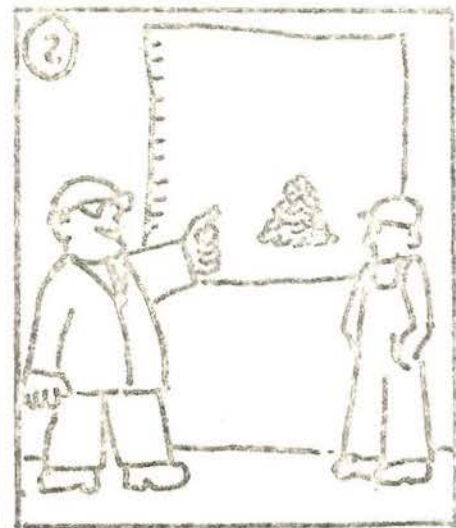




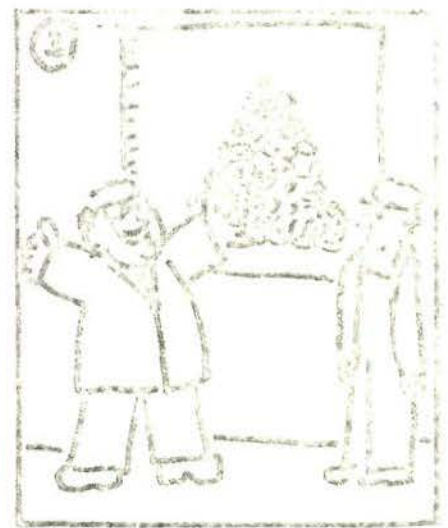
Landesring Ihr Partner FÜR DAS „SOZIALE KAPITAL“



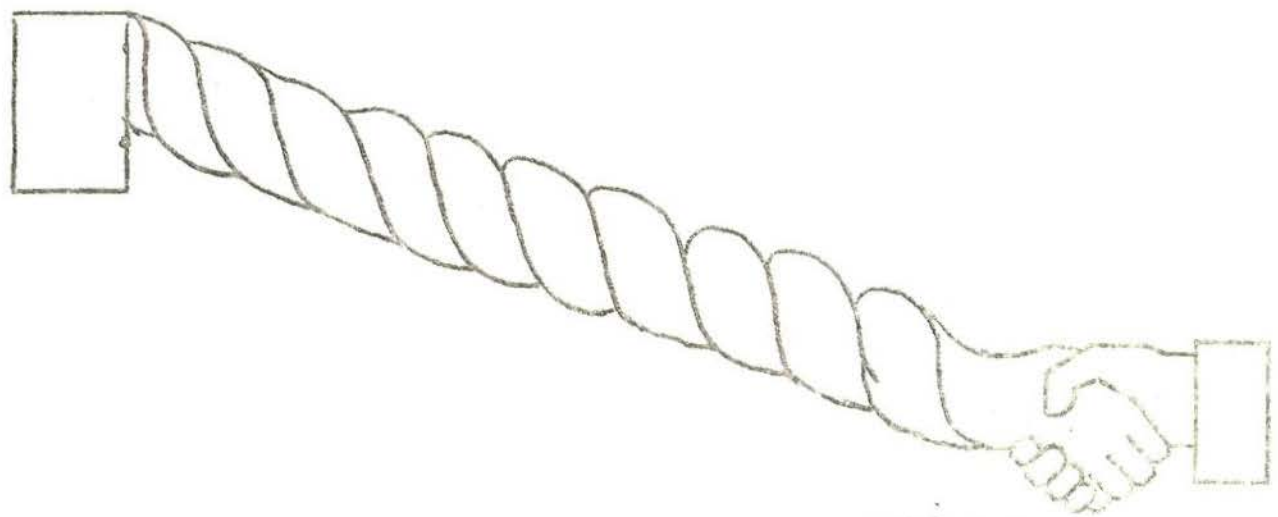
Das ist mein Einkommen...



und das ist dein Einkommen



und mit unserem Durchschnittseinkommen können wir beide zufrieden sein!



Landesring
Ihr Partner

Unser Währungssystem

- ein gutes Geschäft für die USA

Am 1. Mai 1967 über Bundesrat den Schweizer Franken um 7 % aufgewertet. Man konnte in den Tageszeitungen zwar viel darüber lesen, doch behandelten jene Artikel meistens nur Teilaspekte dieses komplizierten Sachverhalts, der im wesentlichen doch unklar blieb. Weil aber Währungsfragen weitreichende politische Konsequenzen haben, wollen wir in diesem Artikel einen kurzen Gesamtüberblick über das westliche Währungssystem zu geben versuchen, um dann in einem späteren Aufsatz genauer über die neueste Währungskrise und die Frankenaufwertung zu berichten.

Im Kapitalismus können leicht Überproduktions-Krisen entstehen, weil das Wirtschaftswachstum nicht zentral geplant ist, sondern dadurch zustandekommt, dass jeder Fabrikant seine Produktion vergrössern will, um seinen Gewinn zu erhöhen (Serienherstellung ist billiger als Einzelanfertigung). Wenn die Produktion zu gross wird und sie der inländische Markt nicht mehr ganz aufnehmen kann, muss der Fabrikant mit seinen überschüssigen Waren auf den Weltmarkt ausweichen. Der Westen ist also auf einen gut funktionierenden Weltaussehenhandel angewiesen. Um ihn überhaupt abwickeln zu können, braucht es unbedingt genügend flüssige Zahlungsmittel (Der Welthandel hatte schon 1928 einen Umsatz von mehr als 30 Milliarden Dollar). Das Gold, das lange als internationaler gültiger Wertträger (Weltgeld) gedient hatte, reichte nicht mehr aus, da der Welthandel zum Beispiel zwischen 1950 und 1967 um 350 % zunahm.

Es lag also im Interesse aller kapitalistischen Staaten, ein neutrales, international gültiges Zahlungsmittel zu schaffen, das auch mengenmässig mit dem rapid ansteigenden Welthandel Schritt halten konnte. Darum berief man 1944 in Bretton Woods, USA, eine internationale Währungskonferenz ein. Nach dem zweiten Weltkrieg waren die USA die einzige

Grossmacht mit einer intakten Industrie. Darum wurde in Bretton Woods nicht ein neutrales Weltgeld geschaffen, wie es den Interessen aller teilnehmender Länder entsprochen hätte, sondern die nationale amerikanische Währung, der Dollar, wurde zur Leitwährung und damit zum Weltgeld gemacht.

WIE FUNKTIONIERT DIE WESTLICHE WÄHRUNGSORDNUNG?

Um allgemein anerkannt zu werden, muss eine Währung durch international gültige Zahlungsmittel, also durch Gold, Dollars oder Devisen gedeckt sein, da ja eine Geldnote an sich nichts weiter als ein beinahe wertloses Papierstück ist. Auch der Dollar ist theoretisch an eine Reserve gebunden, nämlich an das Gold, da gemäss dem Abkommen von Bretton Woods alle ausseramerikanischen Zentralbanken ihre Dollars in Gold aus dem amerikanischen Goldschatz in Fort Knox umtauschen können.

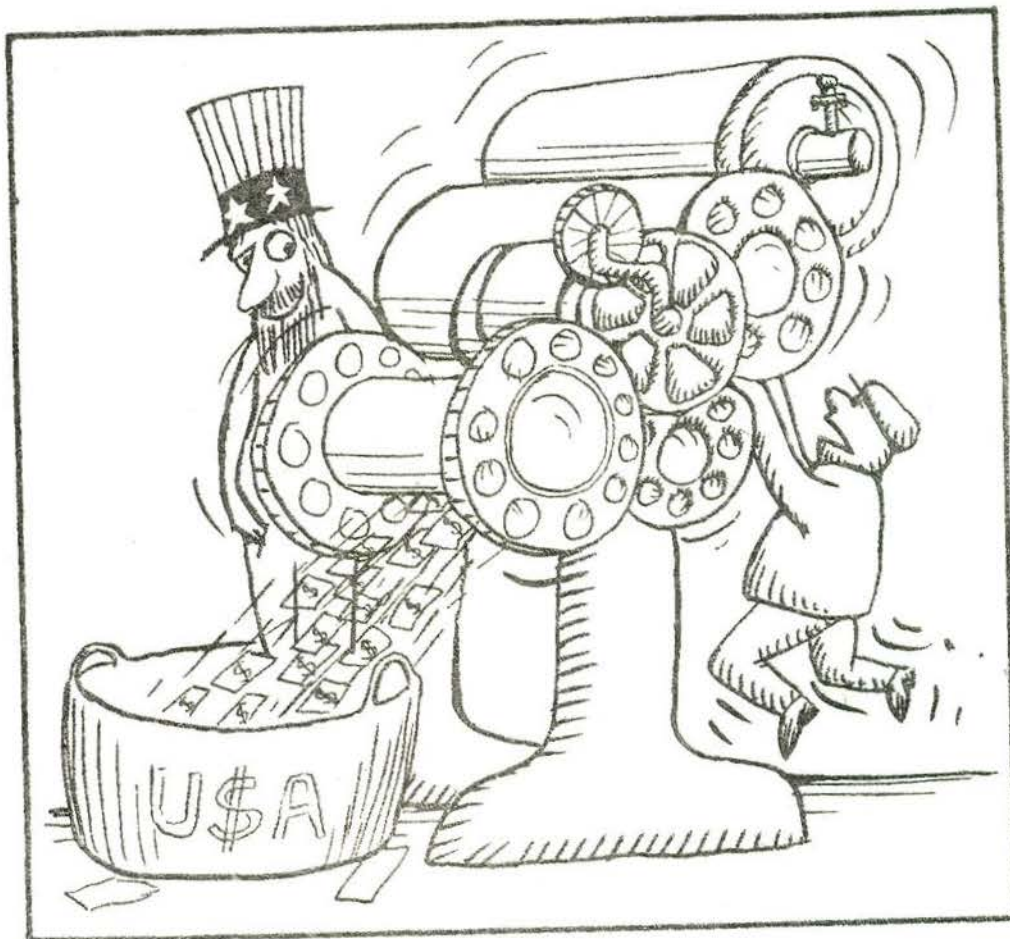
Doch da der Dollar als Weltgeld eingesetzt wurde, weil das Gold mengenmässig nicht mehr genügte, gibt es natürlich viel mehr Dollars, als durch die amerikanischen Goldreserven eigentlich gedeckt wären. Dieser Goldschatz entspricht nur etwa 11 Milliarden Dollars, während aber über 60 Milliarden im Umlauf sind. Die amerikanische Zentralbank müsste schon den Bankrott erklären, wenn zum Beispiel die westdeutsche Zentralbank ihre Dollarbestände gegen Gold eintauschen wollte. Die USA können natürlich alle ihre Truppen aus Europa abziehen oder überhaupt mit dem Aufkünden ihrer Besatzergewalt die "freie Welt" gegenüber den sozialistischen Staaten drohen, um so etwas zu verhindern. Aber ganz abgesehen von solchen Massnahmen liegt es gar nicht im Interesse der westlichen Länder,

eine so schwere Dollarkrise zu bewirken, da auch sie selbst in ihren Strudel gezogen würden.

DER DOLLAR IST ALSO PRAKTISCH
AN KEINE WÄHRUNGSRESERVEN GEBUNDEN!

d.h. die USA brauchen bloss ihre Notenpresse in Bewegung zu setzen, um beliebig viele Dollars zu erhalten, von denen dann aber jeder mehr als vier Franken wert ist! Das taten (und tun) sie auch ausgiebig, und dadurch

stieg ihr Zahlungsbilanz-Defizit (d.h. der Ueberschuss von Waren- und Geldausfuhr über Waren- und Geldeinfuhr) auf Riesensummen (1970: 10 Milliarden Dollar; im ersten Vierteljahr von 1971 sogar schon 5 Milliarden Dollar). Da die westeuropäischen und japanischen Kapitalisten den USA ihre ungedeckten Dollars wie pures Gold bezahlen müssen, sind sie darauf angewiesen, mehr Profit aus "ihren" Arbeitern zu ziehen; der Geprellte ist also schlussendlich der französische, japanische oder schweizerische Arbeiter!



Holz - Lübbe - Rothschild

An der philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern wurde vor kurzer Zeit die Habilitation des marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz abgelehnt. Die reaktionäre Hochburg Bern kämpfte unter Führung des Chefideologen der BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei), Historiker Hofer, mit allen Mitteln gegen den Marxisten Holz. Man schreckte vor Rufmord nicht zurück. Holz wurde als "Stalinist" bezeichnet, als Rädelsführer des Globus-Krawalls etc., alles grobe Lügen. Auch bezweifelte die Habilitations-Kommission, die grösstenteil aus "Hobby-Philosophen" wie Altphilologen und Historikern bestand, die wissenschaftlichen Qualitäten von Holz, der bei Ernst Bloch mit *summa cum laude* abgeschlossen hatte, der in Fachkreisen als kompetenter Leibnitz-Forscher gilt und zu den führenden marxistischen Philosophen gehört.

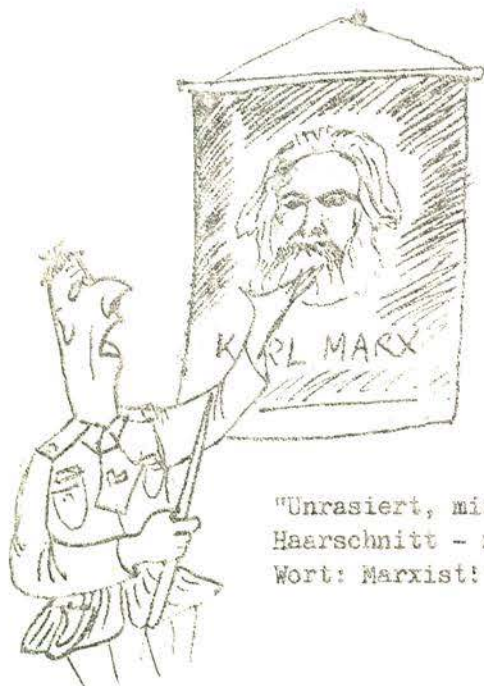
Vorurteil, intellektuelle Schwäche und in erster Linie politische Kriterien führten zur Ablehnung von Holz. Seither kursiert in der Bundesstadt ein neuer Wortwitz: Die Universität, die nicht rot werden wollte durch einen Philosophen mit marxistischem Fundus, müsse jetzt rot werden vor Scham. Der Witz ist hübsch, die Sache schmeckt bitter. Uebrigens nicht nur in Bern. Man wird in diesem Zusammenhang daran denken, wie seinerzeit der Basler Regierungsrat die Berufung des stark rot angehauchten Theologen Helmut Gollwitzer als Nachfolger von Karl Barth verhindert hat. Man wird aber vor allem an die neuesten Vorgänge in Zürich denken müssen.

Holz wurde nicht nur gefällt allein von der Berner Reaktion: Bern war nur ein Nebenschauplatz. Hans Heinz Holz ist nämlich auch in der



Das wahrlich hohe „wissenschaftliche“ Niveau
des Historikers Hofer

Bundesrepublik Deutschland an verschiedenen Hochschulen auf Berufungslisten oder im Gespräch für eine Berufung. Von da aus gesehen sind die Tiefschläge von Bern nur Fernwirkungen jener eigentümlichen Sammlungsbewegung akademischer Lehrer, die vor ein paar Monaten unter dem Stichwort "Freiheit der Wissenschaft" zu Bad Godesberg in die Arena gestiegen ist.



"Unrasiert, miserabler Haarschnitt - mit einem Wort: Marxist!"

Da haben sich naive Konservative, wie der bayrische Kultusminister Hans Meier, gekränkte Liberale und professionelle Antikommunisten wie Löwenthal und Lübke in "irrationaler Angst" (so Alexander Mitscherlich) zusammengefunden. Dass die Studenten in bezug auf diese Professoren-Bündelei von einer "Professoren-Mafia" sprechen, scheint einem gerade dann verständlich, wenn man den langen Arm sieht, der bis nach Bern reicht und auch nach Zürich.

Denn: der dieser Mafia angehörende reaktionäre Staatsphilosoph Lübke wurde in Zürich zum ordentlichen Professor gewählt, trotz energischem studentischem Protest (siehe Flugblatt: Die Studenten wollen Lübke nicht). Derselbe Hermann Lübke, der unlängst vorschlug, in allen Universitätsstädten Gruppen "nach dem Muster der Berliner Notgemeinschaft" zu organisieren und diese bezeichnet als "anonyme Gruppe, die nach der Taktik McCarthys operiert". Die Interessen der Studenten decken sich keineswegs mit dem, was Lübke anzubieten hatte. So kam es vor, dass nur 5 (!) Studenten eine Vorlesung dieses Mannes besuchten. Dennoch: der Regierungsrat reagierte nicht und Lübke wurde gewählt.

Hingegen der bekannte und bei den Studenten und der Zürcher Jugendbewegung beliebte Psychiater Dr. med. Berthold Rothschild wird abgelehnt. Das "fröhliche Strassentheater" (Schweizer Illustrierte) an dem Rothschild vor zwei Jahren, übrigens höchst züchtig in Frack und Zylinder, teilnahm, dürfte freilich kaum der eigentliche Grund für seine Ablehnung gewesen sein. Ein Berufskollege von Rothschild meint: "Er hat sich den Zorn der Behörden zugezogen, weil er sich auch für die sozialen Probleme seiner Patienten einsetzte und sich kritisch über gewisse Missstände äusserte." Als ein Teil der Zürcher Jugendbewegung dem Reiz des Drogenkonsums verfiel, wurde Dr. Rothschild bald zu einer legendären Figur. Er verpflichtete sich, das Arztgeheimnis in jedem Fall zu wahren, und behandelte während einigen Jahren praktisch im Alleingang Tag und Nacht die Drogennotfälle. Rothschild begnügte sich aber nicht damit, ein duldsamer Sozialarbeiter zu sein, sondern interessierte sich für die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die soziale Missstände verursachen. Er exponierte sich an Fachkongressen und öffentlichen Veranstaltungen, verfasste kritische Artikel und nahm an Demonstrationen teil. Der Obrigkeit aber missfiel der kritische Zeitgenosse und sie liess Material gegen ihn sammeln. Und auch an jenem Abend, als er als Moritaten-Sänger im Strassentheater gegen die wirtschaftliche und sexuelle Unterdrückung der Frau auftrat, machte ein ausgesandter Späher (ein Polizeibeamter) Notizen und Photos. Das Theater, an dem damals nicht einmal die NZZ in einem ausführlichen Bericht etwas anstössiges fand, verletzte offensichtlich das Schamgefühl des Polizeibeamten. Zwei Jahre später hielt es Regierungsrat Dr. Walter König nicht für unter seiner Würde, auf Grund eines solchen Rapportes Dr. Rothschild den Ruf eines Sittlichkeitsunholdes anzuhängen und ihm die weitere Lehrtätigkeit an der Universität Zürich zu verbieten (und ohne Dr. Rothschild in der Sache persönlich anzuhören).

222-seitige Dokumentation zum Modellfall
H.H. Holz, für Fr. 6.-- durch:
Buch 2000, Postfach 231, 8055 Zürich
Tel. 01 - 331 570

DIE STUDENTEN WOLLEN

LÜBBE NICHT!

Vor einigen Tagen hat der Zürcher Regierungsrat allen Studenten, die Philosophie studieren wollen oder müssen, nach politischen Hintertreupenaktionen das Vorstandsmitglied im Bund "Freiheit der Wissenschaft" vor die Nase gesetzt. Damit finden die unruhlichen Machenschaften um die Besetzung des Lehrstuhles für Politische Philosophie nach acht Jahren ein unruhliches Ende. Spitzenkräfte aus Sinnes- und Wirtschaft hatten sich intensiv um die politische Qualifikation aller Kandidaten gekümmert. So sagte etwa Generaldirektor Reinhardt vom Bankverein den Kandidaten Krockow wegen "umstürzlerischer Neigungen" erfolgreich ab, durch direkte Einsprache bei Erziehungsdirektor König. In Lübbe fanden die bürgerlichen Bildungspolitiker, was sie brauchten und kein studentischer Protest konnte sie davon abhalten, ihn durchzudrücken.

OFFENER BRIEF DER STUDENTEN :

Sehr geehrter Herr Professor Lübbe,

Da man die Berufungsverhandlungen mit Ihnen aufgenommen hat, ohne die Studenten davon auch nur in Kenntnis zu setzen, sehen wir uns gezwungen, Ihnen unsere Stellungnahme auf diesem Wege mitzuteilen.

Aus ihren Veröffentlichungen, Vorlesungen und Äusserungen in der Diskussion vom 11.2.71 müssen wir schliessen, dass Ihr Lehrangebot und unsere Lerninteressen einander entgegengesetzt sind.....

Lübbe hatte noch 1969 auf einem Herabend im Düsseldorfer Altstadt-Restaurant „Alter Hafen“ die „Einführung von Professoren-Kasinos analog den Offiziers-Kasinos an den Universitäten“ empfohlen. Er wollte damit den Solidarierungsprozess unter den Professoren in Gang bringen und den Studenten klarmachen, welcher Unterschied zwischen ihnen und den Hochschullehrern bestünde.

DER SPIEGEL, Nr. 46/1970

Unserem Lerninteresse entspricht ein Dozent, der den wesentlichen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, zwischen Theorie und Praxis nicht einfach leugnet, sondern in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt, Theorie also um der vernünftigen Praxis willen betreibt. Die von den Studenten unterstützten Dozenten verwirklichten diesen Anspruch.

Wenn Sie die Dozentenschaft als einen Club bezeichnen, der über die Aufnahme neuer Mitglieder allein zu entscheiden habe, wie soll dann jene Forderung erfüllt

werden, die der Rektor der Universität Zürich in "UNI 71" (Januar, Nr.2) selbst stellt: "Innhalb der Universität sind entsprechende Strukturänderungen zu erwägen, welche die Zusammenarbeit der Universitätsangehörigen enger, die Verantwortung breiter, Unterricht und Forschung sinnvoller gestalten würden."...

Sehr geehrter Herr Professor, wer als Mitvorsitzender des Bundes "Freiheit der Wissenschaft" ein Mitbestimmungsrecht in Lehre und Forschung mit Entschiedenheit ablehnt (Märburger Manifest), wer als Dozent für politische Philosophie die strikte Trennung von Wissenschaft und Politik, von Theorie und Praxis vertritt, entspricht in keiner Weise unserem Lerninteresse.

Wir hoffen deshalb, dass Sie von einer Annahme der Berufung nach Zürich absehen. Hochachtungsvoll,

Fachschaft Philosophie an der
Universität Zürich

Dekan Leisi zur Sache:

(TA) ... auf

... sieht versorgt zurückkommen.

Abschliessend führt Dekan Prof. Leisi wörtlich aus: »Die Fakultät kennt im übrigen keine „politischen Berufungen“. Es geht ihr um den Stand von Forschung und Lehre. Die Gewinnung von hervorragenden Kräften ist heute gelinde gesagt sehr schwierig. Wir können es uns nicht leisten, dass sorgfältig vorbereitete Berufungen in letzter Stunde verfehlt werden. Wenn es Schule machen sollte, dass einzelne Studentengruppen einen korrekt zur Wahl vorgeschlagenen Professor, der ihnen politisch nicht beliebt, mit persönlichen Angriffen einschüchtern und fernzuhalten suchen, so muss ich mich dafür einsetzen, dass die Namen der Berufenen bis nach vollzogener Wahl geheim bleiben.«

WER KANN LÜBBE BRAUGHEN ?

Auf ihren Lehrstuhl für politische Philosophie wird die Zürcher City nach achtjähriger Aufregung zählen und beuen können. Lübbes zeichnet sich aus durch freundschaftliche Beziehungen zu Spitzen der deutschen Wirtschaft - wohlwollenden Spendern des rechtsstehenden Hochschullandes - er stellt sich ein als energischer Gegner aller universitären Reformen und empfindet sich mit einer politischen Pseudophilosophie, die das pathologische Verhältnis von Wissenschaft und bürgerlicher Gesellschaft zum theoretischen Grundprinzip macht. Lübbes wird den Zürcher Kapitalisten nicht in ihre Suppe spucken.

Den Elfenbeinturm hat das Schweizer Grosskapital schon zerschlagen, als die Studenten ihn noch analysierten. Heute sitzt es, verteidigt durch Erziehungsdirektion und Universitätsleitung mitten in der Universität und hat seine Hochschule fest im Griff.

DIE HOCHSCHULOFFENSIVE DES KAPITALS HOLT AUF VOLLEN TOUREN

Tag für Tag bent die Bourgeoisie ihre Machtposition aus und stouert die Universität auf ihren Kurs. Um sich die ideologische Herrschaft zu sichern und eine wissenschaftliche Einsicht in den Klassencharakter unserer Gesellschaft im Keim zu ersticken, werden alle ideologisch orientierten Lehrposten mit vorläufigen Propagandisten des Antikommunismus besetzt: Das Hof- und Leibblatt der eidgenössischen Kapitalisten NZZ schickt Ernst Kun (Lehrbeauftragter am St. Gallen für "Kragen des Marxismus") zur "Information" über Mao-Tse-Tung und "Rusland unter Brechnev"; Willy Linder klärt auf über "Osteuropäische Wirtschaftsmodelle". Daniel Freni, ausserpolitischer Berater des Bundesrates, liest über "Internationale Beziehungen".

In Ergänzung dazu werden linksgerichtet Hinzugeschoben: Rothschild (Psychologie), Barriar (Ökonomie), Jansen und Zürn (Architektur ETH). Ein Haer von vermeintlich "neutralen" Kultursachverständigen besorgt ebenfalls - ob es wissen oder nicht - die Geschäfte des Kapitals. Denn auch an der Hochschule gibt es keine Autonomie, Selbstbestimmung, keine freischwebenden Geister. Wer sich nicht gegen das Kapital wendet, den spannt es vor seinen Karren. An der Hochschule gegen das Kapital kämpfen heisst: Mit wissenschaftlicher Akratie das Prinzip der bürgerlichen Wissenschaften "AM VOLKE VERDIENEN" aufdecken und sich an den Aufbau und die Durchsetzung einer sozialistischen Wissenschaft auf der Linie "DEM VOLKE DIENEN" machen.

DIE HERREN DER UNI SIND DIE HERREN DER GESELLSCHAFT

Sie benützen die Universität als Fabrik für technische und ideologische Kader und wissenschaftliche Dienstleistungen, um die Ausbeutung und Profitpresserei in den Betrieben und Fabriken noch schärfer, effektiver und gewinnträchtiger zu machen. Dort findet der Hauptkampf statt, er wird geführt von den Arbeitern selbst, deren Kampfwille nach jahrzehntelanger Unterdrückung und Manipulation sich in vereinzelt Streiks wieder zu regen beginnt. Der Kampf der sozialistischen Studenten und der Arbeiter geht gegen den gleichen Feind. Es ist der Kampf gegen die unterdrückende, allgegenwärtige Macht der Bourgeoisie.

BEKÄMPFT DAS SCHLEICHENDE GIFT DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE MIT DER THEORIE
DES MARXISMUS LENINISMUS !

UNTERSTÜTZT SOZIALISTISCHE BEWEGUNGEN AUSSERHALB DER UNIVERSITÄT !

LASST 100 BASISGRUPPEN BLÜHEN !
RSZ

Der Bau- und Abbruchstopp: Die BÜRGER fürchten den

MIETERKAMPF

Den folgenden Artikel über den Baustopp entnehmen wir der Zeitung "BETRIEBSKAMPF", die von der Revolutionären Aufbauorganisation in Zusammenarbeit mit dem Kritischen Forum Winterthur, ATASS Arbon und Sozialistische Jugend Schaffhausen erstellt wird. Die Zeitung wird von den vier Organisationen als überregionales Agitationsblatt in Zusammenhang mit ihrer Betriebsagitation in der Metallbranche benutzt. Es ist das Ziel dieser vier Organisationen, in der praktischen politischen Zusammenarbeit einen solchen Konsens zu erreichen, dass eine einheitliche lebenskräftige kommunistische Organisation im Raum Nord- und Ostschweiz entstehen kann.

Ende Mai wurde vom Bundesrat ein begrenzter Bau- und Abbruchstopp angekündigt. Im Juni stimmte das Parlament zu. Unterdessen rollt aber eine ganze Welle von vorzeitigen Hausabbrüchen an. Mancher glaubte wohl, er könne nun dank Abbruchverbot ein bis drei Jahre länger in seinem Abbruchhaus wohnen. Aber im Gegenteil: er hat vorzeitig die Kündigung erhalten. Denn in aller Eile versuchen die Hausbesitzer noch kurz vor Torschluss, Abbruchobjekte abzureissen, um trotz Baustopp ihre Baupläne ausführen zu können.

WER VERURSACHT DIE WOHNUNGSNOT?

Die gibt's gar nicht oder wird stark übertrieben, meint die Zeitung des Hauseigentümergeverbandes. Sie veröffentlicht triumphierend, dass seit 1968 die Wohnungsproduktion jährlich zugenommen habe.

Tatsächlich aber werden jährlich zwischen 10'000 bis 12'000 relativ guterhaltene billige Wohnungen abgebrochen und im besten Fall durch Neuwohnungen oder Appartements ersetzt. Mietpreis über 500 Franken. Kein Kollege mit Familie kann sich das leisten.

Doch das sorgt die Hausbesitzer

und Immobiliengesellschaften nicht. Für sie sind unsere Wohnungen nur Kapital, das Profit abwerfen soll. Und es lässt sich gut verdienen daran: ohne einen Streich zu arbeiten, profitiert die kleine Schicht der Grundbesitzer Millionen am Verkauf weniger Quadratmeter unseres Bodens. Ohne das Haus gebaut zu haben oder in ihm leben zu müssen, wirtschaften die Hauseigentümer aus den Mietern Wucherzinsen heraus. Denn heute kann jeder froh sein, wenn er überhaupt noch eine Wohnung findet. Ganze vier von 10'000 Wohnungen stehen in den Grossstädten leer. Niemand der wenigen tausend Bonzen, die an den Mietern fett werden, muss die Konkurrenz des andern fürchten. Boden und Wohnungen sind nicht beliebig vermehrbare Waren. Wer sie besitzt, hat auch das Monopol darauf. Solange aber der Boden im Besitz einer kleinen Schicht von Grundbesitzern ist, solange unsere Wohnungen privaten Kapitalisten und Immobiliengesellschaften gehören, solange wird es eine Wohnungsnot geben.

ORGANISIERT DEN MIETERKAMPF!

Als im letzten Herbst die Initiative "Recht auf Wohnung" abgelehnt wurde, werden einige Kollegen

resigniert haben: man könne halt die Wohnungsnot doch nie lösen, und wenn schon, dann nicht organisiert und auf der politischen Ebene, sondern nur für sich persönlich, durch Glück und eventuelle gute Beziehungen.

Ein Grossteil der Kollegen wird aber daraus gelernt haben, dass das Problem nicht allein mit den Mitteln des Parlamentes, der Volksabstimmung und des Staates zu lösen ist. Die Mieter müssen in jedem Fall von Zinswucher, Willkür und Abbruch von Wohnungen den Kampf dagegen selber aufnehmen, in der Öffentlichkeit die Anschuldigungen der Hauseigentümer anprangern, organisieren den ungerechtfertigten Zinsaufschlag verweigern, ihr Haus gegen den Abbruch verteidigen.

An der Venedigstrasse in Zürich haben sich zum erstenmal seit den vier Jahren (Mieterstreik an der Langstrasse) Mieter wieder gegen den Hauseigentümer zur Wehr gesetzt. Die protestierten mit der Besetzung der Venedigstrasse gegen den Abbruch ihrer Wohnungen. Sie haben erreicht, dass die Überbauung des Areals vorüberhand genommen wurde und eine Untersuchung die zwielichtigen Umstände des Verkaufs an die Rentenanstalt ans Licht bringen soll.

Das selbe geschah Wochen später an der Drengasterstrasse in Zürich. Durch ihren Kampf erhielten die Mieter ein besseres Angebot für eine neue Wohnung. Ursprünglich wollte nämlich Emilio Macherhorn (eine sozialdemokratische Stadträtin!) die Mieter im Bunker einquartieren, aus dem man wenige Wochen zuvor Arbeiterjugendliche von Zürich vertrieben hatte. Der Aufenthalt im Bunker sei ungesund, hiess es damals. Für die Mieter von Altwohnungen, meint Emilio, spielt das keine Rolle.

In Genf gingen vier hundert 300 Bewohner des Quartiers Caux-Vives auf die Strasse, um gegen den Abbruch guterhaltener Wohnungen zu protestieren. "Ehe sie uns auf die Strasse setzen, gehen wir selbst auf die Strasse", schrieben sie auf ihre Plakate. Nur wenige Tage später demonstrierten 250 Bewohner des Genfer Quartiers Plain-Palais gegen

die Verschandelung ihres Quartiers durch neue Bauprojekte, die einen grossen Teil der Grünflächen und Anlagen zerstören würden. Sie haben einen Aufschub dieser Bauarbeiten bis in den Herbst erkämpft, der ihnen erlaubt, den Kampf in der Zwischenzeit noch weiter in der Bevölkerung zu propagieren und ihn zu verbreitern.

- In der Ortschaft Renens, Kanton Waadt, kämpften die Mieter nicht gegen einen Häuserabbruch, sondern gegen einen wucherischen Zinsaufschlag von 10% zuzüglich höhere Heizungskosten (der zweite Aufschlag in einem Jahr). Die Mieter beschlossen, die Zahlung des Zinsaufschlages gemeinsam zu boykottieren. Gegen diesen Streik von 250 Mietern war der Hauseigentümer machtlos.

All diese Kampfaktionen sind bisher vereinzelt und isoliert vorgegangen. Trotzdem sind schon heute Teilerfolge erzielt worden. In Zürich sind schon die Ansätze einer umfassenden Mieterkampforganisation vorhanden. An anderen Orten werden sie folgen.

DER ABERUCHSTOPP: EIN TAGEBUCH VON MANUEVA

Der Mieterkampf ist eine Drohung, die die Hauseigentümer, Banken und Immobiliengesellschaften durchaus wahrnehmen. Sie wissen, dass wir heute noch schwach sind. Sie fürchten, dass wir morgen stark sein werden.

Der Abbruchstopp verbietet in den Quartieren mit überforderter Baukapazität den Abbruch von guterhaltenen Wohnungen und Geschäftshäusern.

Der Pausstopp sperrt die Ausführung einer ganzen Reihe nicht notwendiger Bauten (z.B. neue Verwaltungsgebäude, Luxusbauten usw.). Indirekt sollten, damit mehr Kapazitäten der Bauindustrie auf den Wohnungsbau verlagert werden.

Jede Bestimmung des Bau- und Abbruchstopps ist aber durch eine Ausstufungsregelung eingeschränkt. So haben sich die Kapitalisten ein Hintertürchen offengelassen, durch das sie der Stopp und Abbruchstopp umgehen können.

Deshalb suchen sie nach Möglichkeiten, die Wohnungsnot zu lindern, ohne ihre Machtstellung als Vermieter angetastet zu sehen.

Deshalb hat das Bürgertum mit wenigen Ausnahmen die Vorschläge des Bundesrates für einen Bau- und Abbruchstopp begrüsst, obwohl sie für den einzelnen Kapitalisten Nachteile mit sich bringen.

Deshalb ist auch der Baustopp im bürgerlichen Parlament durchgekommen.

Der Bau- und Abbruchstopp, der ja unter anderem auch ein Mittel zur Bekämpfung einer verfahrenen Wirtschaftssituation sein soll (ständig steigende Teuerung) wird vom Bürgertum als "unerfreuliche Notwendigkeit" begrüsst. Insbesondere der Abbruchstopp soll eine kurzfristige Massnahme zur Linderung der Wohnungsnot sein, solange bis sich die politisch gespannte Lage im Wohnungssektor "beruhigt" habe. Offensichtlich hat es das Bürgertum mit der Angst zu tun bekommen. Deshalb versucht es, die beginnende Mieterbewegung im Keim zu ersticken. Es führt den Abbruchstopp ein, um den bisher häufigsten Anlass für einen Mieterkampf, den Abbruch von Wohnungen, auf ein verschwindend kleines Mass zu reduzieren.

UNERBETENE HELFERSDIENSTE

Auf die Dauer kann allerdings das Bürgertum den Mieterkampf nicht mit Sofortmassnahmen wie dem Abbruchstopp auffangen. Lange aufrechterhalten, würde diese Massnahme die Profite der Hauseigentümer gewaltig beschneiden.

Deshalb sucht es eine politische Lösung des Wohnungsproblems, die den Mietern die Hände bindet und die Unzufriedenheit im Wohnungssektor nicht über alle Grenzen wachsen lässt.

Was nützt uns der Baustopp?

Schon einmal, 1964, versuchte der Bundesrat die Konjunktur mit einem Baustopp zu "kühlen". Das Resultat war ein steter Rückgang der Wohnungsproduktion. Dies zeigt uns die untenstehende Tabelle:

Jahr	neuerstellte Wohnungen in Gemeinden über 2000 Einwohner
1964	42 792
1965	46 121
1966	43 796
1967	41 232
1968	39 534
1969	42 167
1970	45 520

Aus diesem Grund sind im neuen Baubeschluss nur einige Kategorien von Bauten überhaupt betroffen.

Wenn nun auch das Bürgertum als ganzes den Abbruchstopp billigt, so versucht doch jeder einzelne Kapitalist für sich selber den Abbruchstopp zu umgehen. Seit seiner Ankündigung werden vermehrt und überstürzt Häuser abgerissen. Rechtsbeugung der Mietverträge, Bestechung und Beginn der Abbrucharbeiten, wenn die Mieter noch das Haus bewohnen, begleiten die Abbruchwelle. So handelte die Kreditanstalt an der Universitätsstrasse, so die Frawa AG an der Berninastrasse.

Friedensabkommen zwischen Hauseigentümern und Mieterverbänden einerseits, Produktionsförderung von Wohnungen mit gewissen vertraglichen Bindungen der Zinsgestaltung andererseits: das ist die langfristige Antwort des Bürgertums auf die ersten Mieterkämpfe in der Schweiz.

Anstoss dazu gab die letztjährige Abstimmung über die Initiative "Recht auf Wohnung". Nur wenige Wochen später, anfangs Dezember, handelte der Westschweizer Grund- und Hauseigentümerverband in aller Stille mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund ein Wohnungsabkommen aus. Neu: ein Mietvertrag und eine paritätische Schlichtungskommission für Streitfälle. Niemand hat davon gewusst, auch Gewerkschaftsmitglieder nicht. Niemand hat den SGB um diesen Bären dienst für die Mieter gebeten. Selbstverständlich hatte das Abkommen den Zweck, der gerade in der Westschweiz

starken Mieterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, sie zu ent-
waffnen und alles einer friedlichen
Hinterzimmerregelung zu übergeben.

Der Bundesrat hat den Abschluss
eines "Wohnfriedens" begrüsst und im
Entwurf zum Wohnbauverfassungsarti-
kel eine allgemeine Verbindlichkeits-
erklärung von Vertragsvereinbarungen
über Mietverträge vorgesehen. Damit
handelte er ganz im Sinne der Haus-
eigentümer. Sie frohlockten in der
NZZ, ihrem Hausblatt, der "Wohnungs-
frieden sei in Griffnähe gerückt".

In der deutschen Schweiz wird ein
Wohnfriedensabkommen sowohl vom Haus-
eigentümerversband wie vom Mieterver-
band Zürich angestrebt. Das Abkom-
men soll der "Verbesserung und Ver-
tiefung der Partnerschaft und der
Erzielung eines Wohnfriedens" dienen.

KEIN ZWEITES FRIEDENSABKOMMEN MEHR!

Schon vor dreissig Jahren überreden
uns die Gewerkschaften dazu, auf
die Streikwaffe zu verzichten, mit
den Kapitalisten einen Arbeitsfrieden
zu halten und von nun an nur noch
durch Spitzenverhandlungen für unsere
Interessen zu kämpfen. Es zeigte sich
bald, dass sich unsere Gewerkschafts-
führer im trauten Beisammensein mit
all den kleinen und grossen Kapital-
herren gleich mehrere Mal um den
Finger wickeln liessen. Sie forder-
ten und vertraten nur noch, was sie
den Kapitalisten glaubten zumuten zu
können, geschweige denn dass sie die
weitergehenden Ziele der Arbeiter-
bewegung, die Abschaffung der Lohn-
arbeit und den Sturz der politischen
Macht des Bürgertums überhaupt noch
in den Mund genommen hätten. Resultat:
Unsere Löhne sind in den letzten
Jahren langsamer gestiegen als im
Ausland, wo die Arbeiterbewegung
kämpferischer ist. Und die Gewinne
sind im Verhältnis zu den Löhnen
ständig gewachsen.

Warum führte die Arbeitsfriedens-
politik zu nichts? Weil sich die Ka-
pitalisten vor einer Handvoll Gewerk-
schaftsführer nicht zu fürchten brau-
chen: Sie wissen, dass uns die Hände
durch das Friedensabkommen gebunden
sind. Einer Arbeiterschaft aber, die
nicht zu kämpfen bereit ist, machen

machen sie keine Zugeständnisse.

Viele Kollegen haben schon den faulen
Witz von "Frieden" und "Partnerschaft"
durchschaut. Die beispiellos grosse
Zahl von Streiks in diesem Jahr zeigt
dies deutlich.

Deshalb müssen wir aber auch die Ein-
führung eines Friedensabkommens im
Wohnsektor verhindern. Nur durch den
Kampf lassen sich die Spekulanten und
Hauseigentümer beeindrucken und ein-
schüchtern. Nur eine breite und starke
Mieterbewegung wird ihnen wesentliche
Zugeständnisse abringen können. Dagegen
wären Verhandlungen zwischen "Partnern"
in verborgenen Konferenzräumen Labsal
für sie.

Darum verzichten wir gern auf die
Helfersdienste des SGB und der traditio-
nellen Mieterverbände, solange sie uns
nichts Besseres als gütliches Verhandeln
anbieten wollen, ohne dass damit für
die Mieter Entscheidendes erreicht wird:

- niedrige Mietzinsen,
- genügend Wohnungen,
- Quartiere, in denen sich zu wohnen
lohnt, ohne in Autobahnabgasen er-
sticken zu müssen,
- Städte, in denen wir wohnen können;
nicht Städte, in denen nur die
Büropaläste der Bonzen stehen, wäh-
rend wir aufs Land getrieben werden,
- und als Fernziele Wohnungen, in denen
wir nicht mehr vom Willen eines
Hausbesitzers abhängig sind:
also die Enteignung der Grund- und
Hausbesitzer, die Boden und Wohnun-
gen zu Profitzwecken und nicht zum
eigenen Bedarf ausbeuten, und die
Überführung von Boden und Wohnung
in gemeinschaftliches Eigentum.

Das wollen wir.

Dafür müssen wir kämpfen.
Nicht Frieden schliessen.



GYMNASIUM FREUDENBERG:

CHÄSBLÄTTLI

UNTERWANDERT SCHÜLERSCHAFT!

Vor einiger Zeit hing an der Wandzeitung des Gymnasiums Freudenberg das Titriblatt der Zeitschrift "Agitation" (Aktionszeitschrift des inzwischen aufgelösten FASS) mit dem Hinweis auf deren neueste Nummer.

Der Rektor greift ein

Dies missfiel offenbar dem Rektor, denn er liess den Anschlag kurzerhand entfernen. Schon früher war der Verkauf der "Agitation" am Schulhaus verboten worden, weil sie, wie es hiess, für die Schüler gefährlich sei!

"Schlagende" Argumente

Diesmal wurden gleich mehrere "schlagende" Argumente ins Feld geführt. So kam Rektor Herter unter anderem zur interessanten Feststellung, die "Agitation" sei ein pornographisches Chäsblättli! Gleichzeitig äusserte er sich jedoch besorgt darüber, dass dieselbe Zeitung seine Schüler unterwandern könnte!

Ein pornographisches Chäsblättli unterwandert die Schülerschaft!! Wahrlich, Herr Herter, Sie scheinen nicht gerade viel von Ihren Schülern zu halten.

"Linke" AZ und die "Agitation"

Ausserdem ist die "Agitation", immer laut Rektor Herter, ein "einseitiges Hetzblättchen". Gegenfrage: Ist nicht auch die NZZ, die im Leseraum aufliegt, ein einseitiges Hetzblättchen? Und bildet die "linke" AZ tatsächlich ein genügendes Gegengewicht dazu, wie Herr Herter meint?

Wir sagen: Nein, denn

- die AZ berichtet vom Kampf des Schahs von Persien gegen die Verbreitung von Rauschgift in seinem Lande.

Die "Agitation" entlarvt diesen "Kampf für die Gesundheit des Volkes" als Kampf

- des Schahs um sein Rauschgift-Monopol, mit dem er jährlich Millionen von Dollars verdient.
- die AZ begrüsst die vermehrte Demokratisierung der Armee durch die Oswald-Reform. Die "Agitation" zeigt, dass unsere Armee auch nach der Durchführung der Reformen weiterhin ein Instrument der herrschenden Klasse ist zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" im eigenen Land.

Kauft die "Agitation"!

Wer, wie wir, der Ueberzeugung ist, dass es auch einen Schüler oder eine Schülerin in der heilen Welt der Mittelschule etwas angehe, was in Persien wirklich geschieht und welches die tatsächliche Funktion der Schweizer Armee ist, und wer sich ausserdem anmass, selbst beurteilen zu können, ob die "Agitation" ein pornographisches Chäsblättli sei, der kaufe die "Agitation" noch heute, bei einem Strassenverkäufer oder in den folgenden Buchhandlungen:

- Limmatbuchhandlung (Pinkus), Froschaugasse 7
- Buchhandlung Sonegg, Soneggstrasse 29
- Genossenschaftsbuchhandlung, Volkshaus
- Galerie Stummer & Hubschmid, Plattenstrasse 32
- Buchhandlung Krauthammer, Mühlegasse
- Buchantiquariat Linggi, Badenerstrasse 202

Abonniert:

AGITATION

Monatsschrift der Neuen Linken

TÖ II:

Flugblattaktion der RMZ

Um gegen die Zensurierung der Wandzeitung an der Tö II (Handelsschule) zu protestieren, und die Schülerinnen auf diesen misslichen Zustand aufmerksam zu machen, verteilten wir am 11. Juni das nebenstehende Flugblatt. Die Schülerinnen reagierten mehrheitlich positiv. Spontan beglückwünschte man uns zu dieser Aktion und verschiedentlich wurde uns erklärt: "Lieber keine Wandzeitung als eine zensurierte!"

GYMN. FREUDENBERG:

Beratungsstelle

Seit einiger Zeit besteht am Gymnasium Freudenberg eine Schüler-Beratungsstelle. Jugendliche (auch Nicht-Mittelschüler) können dort persönliche Probleme (Rauschgift, Pille, Eltern, Lehrer usw.) mit Schülern diskutieren, die in direktem Kontakt mit dem "Speak-out" stehen. Ausserdem steht jeweils am Mittwoch- und Samstagabend Telephon 528 792 zur Verfügung (Rolf Germann verlangen).

MITTELSCHÜLER!

Schreibt,

Kritisiert,

Unterstützt

subversiv

NEHMT KONTAKT AUF MIT DER

RMZ

Revolutionäre

Mittelschülerorganisation

DER BUCHERTIP



Hinweise auf interessante
Sozialistische Literatur



NEUAUFLAGE 5. Tausend

Charles Bettelheim,
Hélène Marchisio,
Jacques Charrière

DER AUFBAU DES SOZIALISMUS IN CHINA

Diese wissenschaftliche Analyse der wirtschaftlichen Struktur des Neuen China hat vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution ihren Abschluß gefunden. Es handelt sich jedoch um die einzige größere Abhandlung in deutscher Sprache, die die sozioökonomischen, politisch-ideologischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen und Abläufe analysiert und theoretisch bestimmt, die die Besonderheiten und die grundsätzlich andere Konzeption des sozialistischen Aufbaus in China - im Gegensatz zu dem Modell Rußlands - ausmachen. Kulturrevolution innerhalb der konkreten agrarischen und industriellen Einheiten - der Volkskommunen und der Industrieunternehmen - ist zur Lösung der Administrations- und Wachstumsprobleme unter der Diktatur des Proletariats absolut notwendig. Innerhalb der Volkskommunen, auf die sich dieser Text wesentlich konzentriert, wird das gemeinsam erwirtschaftete Sozialprodukt über die Diskussion der Mitglieder zur Verteilung gebracht, die Streuung der Investitionsanteile unterliegt im wesentlichen der Selbstbestimmung, das ökonomische Gefälle zwischen den verschiedenen Kommunen fordert gegenseitige Unterstützung. Die Aktualität des Buches, das auch beständig als zentraler Schulungstext Verwendung findet, liegt in der Analyse des Verhältnisses von zentraler Planung und dezentralisierten Entscheidungskörperschaften als Gegenmodell zu den Neuen Ökonomischen Systemen der Sowjetunion oder Jugoslawiens, als exemplarisches Modell für den sozialistischen Aufbau in Entwicklungsländern, aber auch als Aufzeigen möglicher Ansätze zur sozialistischen Reproduktion in hochindustrialisierten Staaten.

DM 9.80

Fall Brasilien: Revolution der Revolution

16 Huberman u. a.:
Focus und
Freiraum - Debray,
Brasilien, Linke in
den Metropolen

DM 5.50

160 Seiten, im Abz.: 1 DM weniger
Wagenbach, Blü 31, Jenaer Str. 6

Rotbücher



NEUAUFLAGE

ZUR POLITISCHEN ÖKO- NOMIE DER ARMEN WELT

Soziale Voraussetzungen wirtschaftlichen
Wachstums in den sogenannten
Entwicklungsländern

Dieser Text wurde 1968 als Dissertation der soziologischen Fakultät München eingereicht und von den bürgerlichen Soziologen als "einseitig" abgelehnt. Er untersucht detailliert die speziellen "Modernisierungstheorien" der bürgerlichen Soziologie und die sogenannten Entwicklungsmodelle der Apologeten der kapitalistischen "Entwicklungs"-hilfe. Die Diskussion der sowjetischen und der chinesischen Theorie des internationalen Klassenkampfes ergibt die grundsätzliche Überlegenheit des chinesischen Ansatzes, der jedoch auf die jeweiligen Bedingungen konkretisiert werden muß; die Hoffnung auf sozioökonomischen Fortschritt in der Dritten Welt liegt jedenfalls im Augenblick allein bei den nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen.

DM 9.80

C. Schühler



Raubdruck, ca. 3.50 Fr

Bezug dieser Bücher bei
oder bei uns :

Limmatbuchhandlung,
Froschgaugasse 7, 8001 Zürich

Buchhandlung Krauthammer
Muhlegasse, 8001 Zürich

Revolutionäre Mittelschülerorganisation

Zwinglistr. 35, 8004 Zürich

„Unsere“ Wandzeitung

Seit dem letzten Herbst wird an unserer Schule die Einführung einer Wandzeitung diskutiert. Zuerst stand allerdings eine Schülerzeitung im Gespräch, die dann abgelehnt wurde. Die Einführung der WZ wurde den ganzen Winter hindurch verschleppt. Der Prorektor: Man müsse zuerst die Frage des Zensur klären. Die wurde am 17. Mai am Delegiertenkonvent gründlich geklärt. Wir haben eine WZ, aber mit Zensur.

Haltet die politische Jungfräulichkeit!

Bekanntlich hält die Schulleitung ein scharfes Auge auf unsere Jungfräulichkeit. Nichts ist ihr lächerlich genug einzuschreiten, wenn Sitte und Moral gefährdet sind. So rügte sie vor kurzem eine Schülerin, als sie es - bei Gott! - wagte, mit ihrem Freund Arm in Arm über die Schulwiese zu gehen. Oder sie schritt tapfer wie ein Inquisitor gegen eine

Jungfrau ein, die eine Patchworkhose trug. Der lasterhafte Modeartikel darf von nun an nicht mehr von uns getragen werden.

Doch nicht genug damit! Die Jungfräulichkeit soll sich auch auf die Politik erstrecken. So hat uns die Schulleitung zwar mit der einen Hand endlich eine Wandzeitung zugestanden, sie mit der andern aber gleich wieder weggenommen. Die Redaktion soll laut Delegiertenkonvent "frei verantwortlich" für die Veröffentlichung der Artikel sein: sie sei an keine Statuten gebunden. Doch: "Herr Rektor wird sich vorbehalten, Artikel folgenden Inhalts zu entfernen: Schriften parteipolitischen Charakters (Propaganda), Schriften mit allzu beleidigendem Inhalt". Weiter unten wird zu den Themen der WZ bemerkt: "...Politik in Kürze". (zit. aus DC-Protokoll vom 17.5.) Offenbar ist das Rektorat bestrebt, jede Würze von der WZ fernzuhalten. Insbesondere sollen wir wohl vor "linksextremistischen" Verführern geschützt werden. Wir meinen allerdings dazu, dass es das Rektorat nichts angeht, mit wem wir "anbändeln" wollen oder nicht. Das können wir nämlich selbst

entscheiden!

Die ersten WZ wurden 1968, auf dem Höhepunkt der damaligen Studentenbewegung, an einigen Mittelschulen zugelassen. Denn die Schulbehörden fürchteten sich vor einer grösseren Protestbewegung unter den Mittelschülern. Durch die WZ-Statuten wurde allerdings immer wieder versucht, die Veröffentlichungen unter die Zensur des Rektorates zu stellen. Gegen besonders missliebige Fälle griff die Schulleitung handgreiflich ein: Sie drohte mit Ausschluss aus der Schule wie beim Fall Niggli. Sie hatte sich allerdings damit die Finger verbrannt. Die Ausschlussdrohung war rechtlich durch die WZ-Statuten nicht zu begründen, an ihrer Stelle musste ein Paragraph der Schulordnung beigezogen werden. Das Manöver ist missglückt, lehrt uns für heute aber folgendes: Erst wenn im WZ-Statut ausdrücklich festgehalten wird, dass rechtliche Sanktionen gegen Autoren ausschliesslich aufgrund des schweizerischen Pressegesetzes getroffen werden können, wenn also in diesem Fall die Einschränkungen der Schulordnung ausser Kraft gesetzt sind, sind dem Rektorat die letzten Schnüffel- und Zensurmethode verwehrt.

Deshalb fordern wir:

- ein WZ-Statut, so dass der unkontrollierte Einfluss der Schulleitung auf die WZ gebrochen werden kann: Selbstverantwortung der Schüler für die WZ - keine Zensur!
- den Ausschluss von Vertretern der Schulleitung oder Lehrerschaft von den Beratungen des DC, damit die Delegierten in Zukunft ohne Druck von oben entscheiden können!





Ich versuche für einen Augenblick, den Augenschein zu beschreiben.

Wenn ich morgens den ersten Blick aus dem Fenster werfe, sehe ich keine Wäsche auf der Leine, keine Kinder auf den Balkons, keine Häuserwände, auf denen zehnmal mit roter Farbe steht Castro Mao Ho Chi Minh. Ich sehe das Gärtchen des Hausmeisters, den ich nicht kenne, den ich nur von seinen Schildern her kenne, Treppe sauber halten, Tür verschlossen halten, hängt euch auf, frisch gebohrt.

Ich sehe das Gärtchen des Hausmeisters, das in lauter Rechtecke eingeteilt ist und so sauber gehalten wird, dass nichts darin wächst. Ich sehe die zwei Meter hohe Mauer um das zwölf Meter grosse Gärtchen, und auf der Mauer sehe ich Glasscherben einzementiert zum Schutz gegen die Kinder der Nachbarn. Wenn ich von der Mauer weg über den Hof sehe, sehe ich eine zweite grössere Mauer, ebenfalls mit Glasscherben bewaffnet, zum Schutz gegen die Kinder der Nachbarn. Wenn ich jetzt den ganzen Hof übersehe, sehe ich nicht die, gegen die die Mauern gebaut wurden. Ich sehe keine Kinder, die Mauern stürmen, keine Söhne die Autos anzünden, keine Väter das Maschinengewehr holen und, von den Pfeilen ihrer Söhne getroffen, tot auf dem Asphalt zusammenstürzen. Ich sehe Autos auf dem Asphalt, die Leuten gehören, die sich nicht kennen, die ich nicht kenne, die nur ihre Autos kennen und sich nur von ihren Autos her kennen. Ich sehe Fenster, hinter denen Leute wohnen, die ich nur daneben kenne, dass sie die Vorhänge zuziehen, wenn sie mich am Fenster sehen, und die mich nur daneben kennen, dass ich die Vorhänge zuziehe, wenn ich sie am Fenster sehe. Abends sehe ich, wie sich diese Fenster manchmal öffnen und füllen mit dem Gesicht eines Menschen, der acht Stunden lang gearbeitet hat und zur Erholung aufpasst, dass nichts geschieht. Und dies alles geschieht nicht mir, sondern uns allen.

Wenn ich auf die Strasse hinaustrete, sehe ich keinen Verkehr zwischen den Leuten, keine Gruppen, die sich über die Zeitung unterhalten, es liegt kein Gespräch in der Luft. Ich sehe Leute, die so aussehen, als lebten sie unter der Erde und als wären sie das letzte Mal bei irgendeinem dritten oder vierten Kindergeburtstag froh gewesen. Sie bewegen sich, als wären sie von einem System

elektrischer Drähte umgeben, das ihnen Schläge austellt, falls sie einmal einen Arm ausstrecken oder mit dem Fuss hin und her schlenkern. Sie gehen aneinander vorbei und beobachten sich, als wäre jeder der Feind des andern. Das ganze Leben hier macht den Eindruck, als würde irgendwo ein grosser Krieg geführt und alle würden auf ein Zeichen warten, dass die Gefahr vorüber ist und man sich wieder bewegen kann.

Wenn ich in die Bäckerei trete, passe ich auf, dass ich mich mit den Händen nicht auf die Glasabdeckung stütze, ich bin darauf hingewiesen worden, dass sie einstürzen könnte. Wenn ich auf einen Kuchen deute, strecke ich die Hand nicht zu weit aus, ich bin darauf hingewiesen worden, dass ich ihn infizieren könnte. Wenn ich bezahle, achte ich darauf, dass ich das Geld auf die Gummiunterlage lege, ich bin darauf hingewiesen worden, dass sie dafür da ist. Und dies alles geschieht nicht mir, sondern uns allen.

Wenn ich gemeinsam mit jemand irgendwo warte, vermeiden wir es uns anzusehen, uns zu berühren, irgendeine Beziehung herzustellen. Ich habe einmal drei Stunden in einem vollen Wartezimmer verbracht, zwischen Leuten, die alle aus den gleichen Verhältnissen kamen, alle dieselben Schwierigkeiten hatten, ohne dass ein einziges Wort gefallen wäre, aber als dann endlich einer kam und die Tür mit der Aufschrift "Nicht eintreten" öffnete, da sprangen alle auf und riefen: Nicht eintreten!

Die Menschen hier leben in so schlimmer Verhältnissen, dass sie einem die Faust zeigen, um ihr Bedürfnis nach Freundlichkeit auszudrücken; wenn sie einen anschreien, so meinen sie, dass man sich endlich um sie kümmern soll; und so oft, so hundertfach sind ihre Interessen und Wünsche beleidigt worden, dass sie es für einen Anschlag auf ihr Leben halten, wenn einer bei Rot über die Strasse geht.

Wenn ich nach einem Beispiel suche, um die Vorkommnisse und Verhaltensweisen im Strassenverkehr zu beschreiben, so fällt mir nicht die Szene ein, die ich einmal in einem Film der dreissigerjahre gesehen habe: Wie der Dicke mit dem Auto des Doofen zusammenstösst, wie der Dicke dann zum Auto des Doofen geht und ihm den Kotflügel abreisst, während der Doofe schon das Steuerrad des Dicken zertrümmert, der Dicke den Motor des Doofen zerstreut, der Doofe die Sitze des Dicken auf-

schlitzt, der Dicke das Dach des Doofen abreißt, der Doofe die Reifen des Dicken anzündet, der Dicke die Ruine des Autos des Doofen in die nächste Hauswand schiebt, während der Doofe einen Baum fällt und alles zusammenkrachen lässt.

Diese Szene fällt mir nicht ein, da ihr nichts Wirkliches entspricht, sondern diese, die ich neulich in einer Zeitung beschrieben fand: Herr Kodisch aus Berlin stösst beinahe mit dem entgegenkommenden Herrn Hinz aus Wuppertal zusammen. Sofort bringen beide Herren ihre Fahrzeuge zum Stehen. Da geht Herr Kodisch zu dem feindlichen Auto und schlägt durch das offene Fenster die Faust auf die Oberlippe des Herrn Hinz. Da eilt Herr Hinz dem Flüchtenden nach und stösst das Taschenmesser in die Lunge des Herrn Kodisch. Da ergreift der schwer getroffene Herr Kodisch den Regenschirm seiner Frau und treibt den Herrn Hinz um das Auto herum. Da ruft Herr Hinz seine Frau zu Hilfe. Da schlägt Herr Kodisch der Frau Hinz den Regenschirm über den Kopf. Da eilt Herr Hinz seiner Frau zu Hilfe. Da kämpfen Herr Hinz, Frau Hinz und Herr Kodisch mit dem Regenschirm und dem Taschenmesser, bis alle drei tot zusammenbrechen.

wein. Auf diesen Strassen, auf diesen Balkons, an diesen Häusern, in diesen Fenstern sehe ich nichts, das irgendwie nach menschlichem Gebrauch aussähe. Diese Häuser sind nicht für die Bewohner da, sondern sie werden bewohnt von fremden Tapeten, Bildern, Möbeln und von Fernsehgeräten, die ihnen sagen, dass diese Tapeten, diese Möbel die richtigen sind. Die Strassen dienen nicht dem Austausch der Wünsche und Widersprüche der Menschen, sondern sie werden beherrscht von Autos, die ihre Fahrer werktags zur Stätte ihrer Ausbeutung bringen, um sonntags von ihnen geputzt und repariert zu werden. Die Leuchtschriften drücken nicht die Wünsche und Leidenschaften der Städtebewohner aus, sondern die von Osram, Siemens und AEG.

Wenn ich etwas anderes erleben würde, würde ich auch etwas anderes beschreiben. An mir liegt es nicht, wenn ich diese Strassen nicht mit einem Dickicht vergleiche, ich hätte schon genug Phantasie, in einer Prostituierten dieses Mitterliche zu entdecken, und wenn mich diese Stadt von eins. neunzigsten Stockwerk aus an das Gerippe irgendeiner Seele erinnern würde, verlässt euch darauf, mir würde es auffallen.

Ich würde mich schon mal mit Marihuana voll-

fressen und dann ein Flugzeug nach Cuba entführen, wenn ich nicht wüsste, dass ich das selbe tun muss, aber aus Einsicht und Hass. Und ich würde dem Schah eine echte Krone aus Gold und Silber aufsetzen, weil ich finde, dass man ihn sonst kaum bemerkt, wenn ich mich nicht davon überzeugt hätte, dass er umgebracht werden muss. Und ich würde den Kapitalismus vielleicht mit einem weltberühmten Radfahrer vergleichen, dessen Sehnen durch die Einseitigkeit des Sports derart verkrümmt sind, dass er nicht mehr laufen und sitzen kann, geschweige denn dichten, wenn mir der Kapitalismus nicht selber derart die Sehnen verzerrt hätte, dass ich ihn nur och bekämpfen, nicht mehr vergleichen kann.

Und ich würde nachts auf den Friedhöfen herumstöbern und das arme Gerippe des Heinrich von Kleist ausgraben und ihm die Gedichte von Brecht vorlesen, um ihm ein bisschen aufzuheitern. Dies alles würde ich tun und anderes, das ich vergessen habe, weil es zu unwirklich ist.

Denn wenn ich mich umsehe, da finde ich nichts, was mich auf freundliche Einfälle brächte, da wehrt sich nur alles und jeder, und da muss ich mich auch wehren, da zieht es mich immer nur runter, nie nach oben, da wird kein einziger meiner Sinne und Wünsche emanzipiert, da werden sie nur ständig zurückgeworfen, dorthin, wo sie einmal waren, als ich fünf Jahre alt war.

Ich habe hier nur von dem Allereinfachsten, dem Allermindesten gesprochen, und ich habe nur ein paar Dinge aufgezählt, weil jeder die Aufzählung zuende führen kann. Und ein anderer könnte an irgendeiner anderen Stelle der Gesellschaft anfangen, und es würde dies oder etwas anderes dabei herauskommen, was dasselbe wäre.

Natürlich könnte einer anfangen, die Geschichte seiner gescheiterten Ehe aufzuzeichnen, wenn er immer noch der Meinung ist, dass es sich da um einen Fall von noch so geringer Unterscheidbarkeit handelt. Oder es kann einer seine Biografie schreiben, wenn er immer noch geneigt ist, dem Individuum in der Literatur einen grösseren Platz einzuräumen, als ihm in der Gesellschaft eingeräumt wird. Ueberhaupt können wir noch zehn Jahre fortfahren, jeder einzeln an seinem Arbeitsplatz, in seiner Familie, in seiner Ehe aus immer denselben Gründen zugrunde zu gehen, können uns darüber wundern, dass die Arbeit immer drückender wird, weil sie immer überflüssiger wird,